

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbm d



Inhalt

Ludwig Stiegler MdB betont, daß das Recht auf Arbeit auch ein Menschenrecht ist: Eine notwendige Erinnerung.

Seite 1

Günter Verheugen MdB fordert Bonn zu wirkungsvoller Solidarität mit den südafrikanischen Bergleuten auf: Dem Apartheid-Regime keine Rohstoffe mehr abkaufen.

Seite 3

Gert Börsen MdL kündigt eine neue Initiative zur Parlamentsreform an: SPD Schleswig-Holstein wünscht mehr Bürgernähe.

Seite 4

Dokumentation

Die bundesdeutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges hat gegen das geplante neue Zivilschutzgesetz Bedenken vorgetragen. Wortlaut

Seite 5

42. Jahrgang / 152

13. August 1987

Eine notwendige Erinnerung

Das Recht auf Arbeit ist auch ein Menschenrecht

Von Ludwig Stiegler MdB
Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Die Menschenrechte sind in diesen Wochen in aller Munde. Das Sommertheater wird mit der Diskussion um die Verwirklichung der Menschenrechte gefüllt. Bundesarbeitsminister Dr. Blüm läßt sich als heroischer Kämpfer für die Menschenrechte und wider Pinochet-Freund Strauß feiern. Alles recht und schön. Nur werde ich das Gefühl nicht los, daß der notwendige Einsatz für die Durchsetzung der Menschenrechte in Chile, in Südafrika, in Afghanistan und „anywhere“ nicht nur den Menschenrechten dient. Geißler und andere verfolgen ganz andere Haupt- und Nebenzwecke. Es ist nicht jeder edel, der sich da edel gibt.

Die Menschenrechte werden hierzulande sehr eng verstanden: klassisch, als individuelle Menschenrechte: Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, darin inbegriffen das Verbot der Folter, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Es ist bezeichnend, daß das Recht auf Arbeit, ein klassisches soziales Menschenrecht, bei uns hierzulande noch nicht allgemein als Menschenrecht verstanden wird, obwohl es eines der wichtigsten Menschenrechte ist. Arbeitslosigkeit berührt so gut wie alle Menschenrechte und Grundfreiheiten. Sie beeinträchtigt die Meinungsfreiheit genauso wie sie buchstäblich „töten“ kann, gesellschaftlich, moralisch, zu oft leider auch physisch.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verankertem Einsatz
mit weicher Aquarell
Kopierpapier



Und doch wird die Arbeitslosigkeit verdrängt! Über Wochen schreiben und senden die Medien über 14 Chilenen, die unsere Hilfe brauchen, um ihr Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu wahren. Nur einen Tag lang gerät der Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit in die Schlagzeilen. Was muß in einem langfristig Arbeitslosen vorgehen, was muß ein jugendlicher Arbeitsloser empfinden, wenn er diese Schwerpunktsetzung der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung wahrnimmt; wenn er dazu noch argwöhnen muß, daß der Bundesarbeitsminister sich auf fernsehwirksame Menschenrechtstrips nach Chile und Südafrika begibt, um davon abzulenken, daß das Menschenrecht auf Arbeit daheim mit Füßen getreten wird und er nichts, aber auch gar nichts dagegen unternimmt; unternehmen darf, muß man bei dieser Koalition schon sagen!

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder, 100.000 Arbeitslose werden es am Jahresende 1987 mehr sein als 1986, sagt Ifo. Aber die Bundesregierung zankt über die Kompetenz, wer Menschenrechtsverletzungen in Chile feststellen darf: nicht einmal in erster Linie wegen der Menschenrechte, sondern wegen der politischen Taktik. Die Menschenrechte werden doppelt instrumentalisiert und damit auch „beleidigt“: die Konservativen mißbrauchen sie für politische Taktik zur Erschließung neuer Wählerschichten; und sie lenken ab von dem Skandal der Massenarbeitslosigkeit.

Seit dem 1. Januar 1987 haben sich 2.178.250 Frauen und Männer neu arbeitslos gemeldet, saisonbereinigt ist die Arbeitslosigkeit auf 2.252.000 gestiegen, mitten im Sommer: und nichts geschieht.

Ich will niemand tadeln, der sich um Chile und Afghanistan und um die Menschenrechte ubiquitär kümmert. Als Mitglied der Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion tue ich das auch.

Verlangen, nein, fordern will ich aber schon, daß sich unsere öffentliche, veröffentlichte und politische Meinung auch um die millibnenfache Verletzung des Menschenrechts auf Arbeit kümmert.

Norbert Blüm soll reisen! Nach Chile, nach Südafrika, nach Afghanistan, nach überall. Nur: er soll auch seine Hausaufgaben machen. Gegen die Arbeitslosigkeit und für die Arbeitslosen. Deutliche Worte sind da auch in der Koalition gefragt. Und endlich endlich Taten!

Je erfolgreicher das Menschenrecht auf Arbeit daheim verwirklicht ist, desto glaubwürdiger kann er in unserem gemeinsamen Kampf um die Menschenrechte überall in der Welt mitstreiten.

(-/13.8.1987/rs/ks)

* * *



Dem Apartheid-Regime keine Rohstoffe mehr abkaufen

Wirkungsvolle Solidarität mit den südafrikanischen Bergleuten üben

**Von Günter Verheugen MdB
Südafrika-Experte der SPD-Bundestagsfraktion**

Der Streik der schwarzen Bergarbeiter in den Gold- und Kohlagruben Südafrikas ist das wichtigste Ereignis in Südafrika seit langer Zeit.

Er macht klar, daß inzwischen die schwarzen Gewerkschaften, besonders die Bergarbeitergewerkschaft NUM, zum wichtigsten Gegenpieler des Apartheid-Systems geworden sind. Der Streik trifft die weiße Minderheitenregierung an der strategisch wichtigsten, zugleich auch verwundbarsten Stelle.

Das weiße Südafrika lebt von den Exporterlösen der Bergbauprodukte. Die Gewinne aus diesem Wirtschaftszweig sind astronomisch hoch, auch deshalb, weil die Löhne und Arbeitsbedingungen für die schwarzen Bergleute miserabel sind.

Cyril Ramaphosa, der Generalsekretär der Schwarzen Bergarbeiter-Gewerkschaft, hat vor einem Jahr auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg Solidarität gefordert. Die SPD unterstützt die Streikziele der südafrikanischen Bergleute. Sie protestiert entschieden gegen die Verhaftung einer unbekanntes, jedenfalls großen Zahl von Funktionären der Gewerkschaft.

Das Regime will, wie das zuvor schon mit der Bürgerrechtsbewegung UDF geschehen ist, die Schwarzen ihrer Führer berauben, es will den Widerstand kopfflos machen.

Die SPD fordert die südafrikanische Regierung auf, die festgenommenen Gewerkschafter sofort und bedingungslos freizulassen.

Sie fordert die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft auf, in Pretoria auf die Freilassung zu dringen.

Wirkungsvolle Solidarität mit den Bergleuten kann die Bundesrepublik zeigen, indem sie dem Apartheid-Staat klarmacht, daß sie ihm seine Rohstoffe nicht mehr abkaufen wird, solange die Menschenrechtsverletzungen andauern.

Entsprechende Anträge der SPD sind von der Regierungskoalition niedergestimmt worden. Diese Anträge werden jetzt wieder aktuell.

(-/13.8.1987/rs/ks)



Nach dem 13. September neue Anstöße zur Parlamentsreform

Die SPD Schleswig-Holstein will mehr Bürgernähe herstellen

Von Gert Börsen MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Eine neue Initiative zur Parlamentsreform wird die SPD-Landtagsfraktion unternehmen. Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode wird eine interfraktionale Arbeitsgruppe gebildet werden, die dem Landtagspräsidenten zuarbeiten soll. Wir erwarten, daß die SPD-Fraktion nach der Landtagswahl am 13. September stärkste Fraktion im schleswig-holsteinischen Parlament und die Position des Landtagspräsidenten besetzen wird.

Oberste Aufgabe einer solchen Arbeitsgruppe wird es sein, mehr Bürgernähe des Parlaments herzustellen und die Arbeit des Landtages zu straffen. Die von Björn Engholm geplante Einrichtung eines Bürgerbeauftragten wird dabei eine wichtige Hilfe sein. Gleichzeitig soll ein Datenschutzbeauftragter vom Parlament berufen werden.

Grundsätzliche gesellschaftliche Vorgänge wie etwa die Umorientierung der Wirtschaft hin zu energiesparender und umweltschonender Produktion, die Gleichstellung von Frau und Mann in der Arbeitswelt und Familie, die bessere Einbindung von Wissenschaft und Forschung an die Anforderungen der regionalen Wirtschaft sollen in Zukunft in Enquete-Kommissionen des Parlaments unter Hinzuziehung von Fachleuten von außerhalb des Landtages beraten werden.

Beratungen der Ausschüsse müssen mehr als bisher für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich sein. Das Petitionsrecht muß für Initiativen der Bürgerinnen und Bürger zu Gesetzesänderungen geöffnet werden.

Es ist zu bedauern, daß bisher unüberwindliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien im Landtag die seit langem notwendige Parlamentsreform verhindert haben. Insbesondere die starre Ablehnung der CDU-Fraktion gegenüber Vorschlägen zu einem wirksameren Untersuchungsausschußrecht hat alle weiteren Initiativen gebremst. Die Reform des parlamentarischen Untersuchungsausschußrechts steht aber im Mittelpunkt einer jeden Parlamentsreform und darf nicht an parteipolitischer Verfilzung mit Regierungsinteressen scheitern.

Darüber hinaus werde ich mich persönlich für die Abschaffung der „Bannmeile“ um das Parlamentsgebäude einsetzen.

(-/13.8.1987/rs/ks)



DOKUMENTATION

Ärzte gegen den Atomkrieg: Zivilschutz erhöht die Gefahr eines Krieges

Die bundesdeutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) hat ihre Bedenken gegen das geplante neue Zivilschutzgesetz vorgetragen. Wir dokumentieren aus einem Papier der Organisation einige zentrale Passagen.

Das Zivilschutzgesetz verspricht, „die für das Überleben der Bevölkerung notwendigen Voraussetzungen zu schaffen“. Dieses Versprechen ist nicht einzulösen. Die Verantwortlichen wissen das.

Dabei wird durchaus anerkannt, daß Gemeinden und Abgeordnete aus ihrer Verantwortung heraus, dem Bürger wenigstens einen gewissen - wenn auch unzureichenden - Schutz geben wollen. Die Frage ist allerdings, ob hierbei folgerichtig zu Ende gedacht worden ist.

Aber die schlichte Feststellung, Zivilschutz sei sinn-, weil wirkungslos und bedeute folglich nicht mehr als eine gigantische finanzielle Fehlinvestition, würde seiner politischen Bedeutung nicht gerecht. Denn einerseits vermittelt jede Zivilschutzmaßnahme, jeder gebaute Bunker Kriegs- und Bedrohungsangst und unterstützt Feindbilder, was einem allgemeinen Entspannungsklima zuwiderläuft.

Andererseits nähren die geplanten Maßnahmen die trügerische Hoffnung auf Schutz und Hilfe in einem nächsten Krieg. Sie tragen dazu bei, einen möglichen Krieg für überlebbar zu halten und die Bevölkerung an die Vorstellung eines Krieges zu gewöhnen. Sie beschwichtigen Ängste und erhöhen damit die Bereitschaft, einen solchen Krieg hinzunehmen.

Die Behauptung, dieses Gesetz mache die Abschreckung glaubhafter und damit den Frieden sicherer, ist eine lebensgefährliche Täuschung. Das Gegenteil ist der Fall: Ein vermeintlich gut funktionierender Zivilschutz erhöht die Risikobereitschaft - auch kommender Politikergenerationen.

Insofern kann Zivilschutz dazu beitragen, Krieg wahrscheinlicher zu machen.

Es ist festzuhalten, daß die vorgesehenen Maßnahmen des Zivilschutzes die unmittelbaren Auswirkungen eines Atomkrieges nicht werden verringern können. Was der Zivilschutz aber erst recht nicht kann, ist die Verhinderung der menschenunwürdigen Umstände nach einem Atomkrieg.

Monatelanger Fallout, ein auf Jahrhunderte verseuchtes Europa, Millionen und Abermillionen Menschenleichen und Tierkadaver, Seuchen und Hungersnöte, eisige Kälte während des nuklearen Winters: das wären die Bedingungen, unter denen sich diejenigen, die den Atomschlag dank hervorragender Zivilschutzmaßnahmen überlebt hätten, zurechtfinden müßten.

Verwandte und Freunde verloren, Haus und Hof zerstört, selbst verstrahlt und geschwächt. Ob man sich als Sieger oder Verlierer in dieser Situation wiederfindet, ist nicht mehr die zentrale Frage.

Realistischer als die Gesetzgeber zieht die Bevölkerung ihre Schlüsse aus diesen wenig rosigen Aussichten. Eine repräsentative Befragung des Bielefelder Ernid-Institutes bei knapp 1.000 Bundesbürgern zeichnet folgendes Bild:



- o 76 Prozent glauben überhaupt nicht daran, einen Atomkrieg in einem Schutzraum überleben zu können.
- o 69 Prozent würden sich nicht einmal dann einen Schutzraum bauen, wenn der Staat die gesamten Kosten dafür übernähme.
- o 68 Prozent sind der Meinung, daß ein Gesetz zum Schutzraumbau nur ein Sicherheitsgefühl vermitteln soll, das im Kriegsfall „völlig unrealistisch“ wäre.

Zivilschutz ist der falsche Weg.

Zivilschutz wird der Bevölkerung in einem Krieg nichts helfen. Im Gegenteil, es macht Krieg wahrscheinlicher.

Die einzige sinnvolle und gerechtfertigte Maßnahme zur Vorsorge gegen die Laiden eines Krieges ist die Verhinderung des Krieges selbst.

Nicht Bunker und Selbstschutzberater sind gefragt, sondern der Abbau von Feindbildern. Was die Menschen der Bundesrepublik brauchen, sind nicht Millionen von Beruhigungstabletten, sondern eine aktive Friedenspolitik.

Vertrauensfördernde Schritte, der behutsame und verantwortungsvolle Umgang mit konfliktträchtigen Situationen sind sinnvollere Zivilschutzmaßnahmen als ein Gesetzeswerk, das wie selbstverständlich von einem nächsten Krieg ausgeht.

Wie brüchig die Logik ist, die zu diesem Gesetz führen soll, wird auch hierdurch deutlich: Jahrelang wurde die Stationierung stets neuer Raketen damit begründet, daß nur durch sie der Frieden zu sichern sei (als könne man durch das Horten von Streichhölzern Feuer verhindern). Jahrelang hieß es, mit einem Krieg sei nicht zu rechnen, der Frieden sei durch Raketen und Abschreckung sicher.

Nun wird das Gegenteil als Argument für den Bunkerbau herangezogen: Es geht nicht mehr um die Sicherheit vor einem Krieg, sondern um die vermeintliche Sicherheit im Krieg. Und plötzlich geht es um die „Glaubwürdigkeit der Abschreckung“.

Wieviel sinnvoller - nach innen wie nach außen - wäre es, sich Gedanken über die Glaubwürdigkeit der Politik zu machen statt über die der Abschreckung.

Wieviel sinnvoller wären die politischen, geistigen, finanziellen Anstrengungen, die ein Zivilschutzgesetz erfordert, eingesetzt, wenn sie dem Abbau von Vorurteilen, von Feindbildern, von Waffenarsenalen dienen?

Wenn sie dazu dienen, den Zivilschutzüberlegungen ihre Grundlagen zu entziehen, statt diese festzuschreiben, ja „glaubwürdiger“ zu machen.

Dieses Gesetz ist der falsche Weg.

(-/13.8.1987/rs/ks)

* * *